

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

Rückbau der L 600

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 10. Februar 2010

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Kirchheim	08.12.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	13.01.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	04.02.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Inhalt der Information:

Das Regierungspräsidium Karlsruhe ist Antragsteller des Planfeststellungsverfahrens und muss dessen Umsetzung betreiben und überwachen. Für die Stadtverwaltung Heidelberg ergeben sich keine Zuständigkeiten in diesem Verfahren.

Sitzung des Bezirksbeirates Kirchheim vom 08.12.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Kirchheim vom 08.12.2009

2.2 Rückbau der L 600 Informationsvorlage 0189/2009/IV

Der Vorsitzende weist auf die als Tischvorlage verteilten gleichlautenden **Anträge** von Bunte Linke/Die Linke vom 06.12.2009 und der SPD-Fraktion vom 07.12.2009 hin.

Der Kirchheimer Bezirksbeirat empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss/Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss (Bau der B 535) zu veranlassen.

Der SPD-Antrag enthält im ersten Teil die Hinzuziehung von zusätzlichen Sachverständigen (Klaus Ihlenfeld – Landesnaturschutzverband –, Christiane Köhler – NABU Rhein-Neckar-Odenwald -, Gerhard Kaiser – BUND Heidelberg). Dieser Antrag wurde unter Tagesordnungspunkt 2.1 dieser Sitzung einstimmig beschlossen.

Herr Thewalt, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, erläutert kurz den Inhalt der Informationsvorlage.

Bürgermeister Kletti bedankt sich für die Möglichkeit, im Bezirksbeirat Kirchheim die Belange seiner Gemeinde vortragen zu dürfen. Er wirbt anhand eines Powerpoint-Vortrages um Verständnis für die negativen verkehrlichen Auswirkungen auf seine Gemeinde bei Rückbau der L 600 und bittet die Stadt Heidelberg um Unterstützung.

Er schildert die zu erwartenden innerörtlichen Verkehrsprobleme bedingt durch den signifikanten Verkehrszuwachs, die bei Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses auf Sandhausen zukommen werden. Danach stellt er ein von Sandhausen erarbeitetes Konzept vor, das eine Entsiegelung von Flächen im Naherholungsgebiet und eine geplante Biotopvernetzung (Sandhäuser Dünen und Leimbach-Landgraben Renaturierungsgebiet) als Ersatzmaßnahmen vorsieht.

In der anschließenden Diskussionsrunde werden seitens der Bezirksbeiräte folgende Punkte angesprochen:

- Wäre eine Verlängerung der Straßenbahn eine Alternative, die Verkehrsprobleme zu reduzieren?
- Prüfung einer Verkehrslenkung über das Gewerbegebiet in Sandhausen, um den Ortskern zu entlasten.
- Die zunehmende Verkehrsbelastung der B 535 wird generell als problematisch angesehen. Ein Belassen der L 600 könnte für Entlastung sorgen.
- Probeweise Streckensperrung der L 600 zur Feststellung möglicher Auswirkungen.
- Warum wurden nicht bereits vor Jahren Problemlösungen erarbeitet?
- Bürgermeister Kletti garantiert eine zeitnahe Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen, sollte ein angestrebtes Planfeststellungsänderungsverfahren Erfolg haben.

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff schlägt vor, in Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden Verkehrsrichtungszählungen zu veranlassen.

Frau Köhler, Regionalgeschäftsführerin des NABU Rhein-Neckar-Odenwald, und Herr Ihlenfeld, Sprecher des Landesnaturschutzbundes LVN für Heidelberg, halten die vorgeschlagenen Ersatzmaßnahmen für nicht adäquat. Die vorgeschlagene Entsiegelung von Straßen ist hydrologisch uninteressant, da Wege nach wie vor erhalten bleiben. Darüber hinaus können auch nur gleichwertige Biotopnetze vernetzt werden.

Der Bezirksbeirat entsendet Frau Veit-Schirmer in den Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss am 13.01.2010

Der Vorsitzende ruft den Antrag der SPD-Kirchheim vom 08.12.2009, der identisch ist mit dem Antrag von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz vom 06.12.2009 (Bunte Linke / Die Linke) zur Abstimmung auf:

Der Kirchheimer Bezirksbeirat empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss/Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss (Bau der B 535) zu veranlassen

Abstimmungsergebnis: mit 08:05:04 Stimmen angenommen

**gezeichnet
Hans-Joachim Schmidt**

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Empfehlung
Ja 8 Nein 5 Enthaltung 4

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 13.01.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss am 13.01.2010

1.4 Rückbau L 600

Informationsvorlage 0189/2009/IV

Herr Ihlenfeld vom Landesnaturschutzverband stellt einleitend die Geschichte des Planfeststellungsverfahrens B 535 dar. Aus Sicht der Naturschutzverbände sei der Rückbau der L 600 aus ökologischen Gründen erforderlich. Frau Köhler, NABU Rhein-Neckar-Odenwald, führt aus, dass die von der Gemeinde Sandhausen vorgeschlagen Ausgleichsmaßnahmen nicht ausreichend seien.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Kletti, Gemeinde Sandhausen, mit einem Powerpoint-Vortrag die verkehrlichen Konsequenzen eines Rückbaues der L 600 für Sandhausen dar. Die Verkehrsverlagerungen, so die Ergebnisse eines Verkehrsgutachtens, würden zu einer deutlichen Steigerung der Zahl der PKW in der Ortmitte und den Wohngebieten von Sandhausen und damit zu erheblichen Belastungen für die Bevölkerung führen. Aber auch auf der heute schon überlasteten B 535 würde das Verkehrsaufkommen deutlich zunehmen. Aus Sicht der Gemeinde Sandhausen sollte daher die L 600 nicht wie im Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahre 1989 festgelegt, zurückgebaut werden. Die Stadt Sandhausen hat vom Umweltbüro Merz, ein alternatives Konzept für die Schaffung des für den Bau der B 535 erforderlichen Ausgleiches erstellen lassen.

Herr Schmiedel und Herr Merz stellen das Ausgleichskonzept und die vorgesehenen Ersatzmaßnahmen ausführlich vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner weist darauf hin, dass die Verfahrenszuständigkeit beim Regierungspräsidium Karlsruhe liegt und die Stadt Heidelberg derzeit nicht betroffen ist. Allerdings sind Planfeststellungsbeschlüsse zeitnahe umzusetzen. Zu Bedenken sei jedoch, dass die verkehrliche Situation sich heute anders darstellt als beim Planfeststellungsverfahren vor über 20 Jahren erwartet. Die angedachten Ersatzmaßnahmen müssen besser oder mindestens gleichwertig zu einem Rückbau der L 600 sein. Dies sei bis jetzt noch nicht sichergestellt. Herr Thewalt, Amt für Verkehrsmanagement, stellt aktuelle Verkehrszählungen in diesem Bereich und eine Bewertung der Verkehrssituation durch die Polizei vor.

Frau Bezirksbeirätin Veith-Schirmer vom Bezirksbeirat Kirchheim erläutert die Diskussion im Bezirksbeirat Kirchheim und den Beschluss.

Es melden sich zu Wort:

Frau Stadträtin Spinnler, Herr Stadtrat Lachenauer, Herr Stadtrat Dr. Gradel, Herr Stadtrat Cofie-Nunoo, Herr Stadtrat Weiss, Herr Stadtrat Holschuh, Herr Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Frau Stadträtin Dr. Meißner, Frau Stadträtin Dr. Lorenz, Herr Stadtrat Michalski, Herr Stadtrat Rehm, Frau Stadträtin Dr. Greven-Aschoff

Folgende Punkte wurden im Wesentlichen angesprochen:

- Die Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses ist nach 20 Jahren immer noch nicht erfolgt
- Die vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen sind nicht ausreichend
- Flächenbilanzen der verschiedenen Ausbauvarianten der B 535 stimmen nicht mehr
- Die B 535 zerschneidet ein wichtiges Naherholungsgebiet.
- Geplantes Gewerbegebiet in Sandhausen hat keinen Zusammenhang zum Siedlungskörper der Gemeinde und verbraucht zusätzlich viel Naturfläche
- Welche verkehrsplanerischen und verkehrslenkenden Maßnahmen hat die Gemeinde Sandhausen ergriffen, um die Verkehrsbelastungen zu reduzieren.
- Verkehrsbelastung in Sandhausen durch das geplante neue Gewerbegebiet.
- Weiterführung der Straßenbahn Kirchheim nach Süden erforderlich.
- Ein Ausbau des ÖPNV zeigt positive Wirkungen, daher ist ablehnende Haltung der Gemeinde Sandhausen unverständlich. Ziel muss sein den MIV zu verringern und nicht immer mehr Straßen zu bauen.
- Kraftfahrzeugbestand nimmt in Zukunft nicht mehr zu, sondern stagniert oder nimmt ab.
- Die Trasse der heutigen B 535 ist nicht glücklich gewählt, aber die Lage sollte auf Basis der heutigen Verkehrssituation beurteilt werden. Die L 600 ist wichtig um ungewünschte Verkehrsverlagerungen zu vermeiden.
- Festhalten am Planfeststellungsbeschluss bringt Verkehrsbelastungen und kostet unnötig Geld
- Rechtssicherheit und Glaubwürdigkeit der Politik sind zu beachten.
- Was sind die aus heutiger Sicht sinnvollsten ökologischen Ausgleichsmaßnahmen für den Bau der B 535
- Die vom Umweltbüro Merz vorgeschlagen Ersatzmaßnahmen sind nicht ausreichend und das verwendete Punktesystem zur Bewertung der Problemstellung nicht angemessen.
- Vorgeschlagene Biotopvernetzung sachlich nicht sinnvoll.
- Naturschutzbelange und konkret vorgeschlagene Maßnahmen müssen von Fachleuten bewertet werden.
- Eine gemeinsame Lösung für Heidelberg und Sandhausen ist sinnvoll.
- Verantwortung liegt beim Regierungspräsidium Karlsruhe. Dieses muss ausreichende Ausgleichsmaßnahmen vornehmen und entscheiden.

Herr Becker, Umweltamt, ergänzt, dass auch fachplanerischer Sicht die vorgeschlagenen Ersatzausgleichsmaßnahmen vom Umfang und der Qualität her noch nicht ausreichend seien um die Wirkungen eines Rückbaues der L 600 zu kompensieren.

Stadträtin Dr. Monika Meißner stellt den **Antrag**, gemäß des Beschluss des Bezirksbeirats Kirchheim den Rückbau der L 600 zu fordern.

Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss (Bau der B 535) zu veranlassen.

Stadtrat Dr. Jan Gradel stellt den **Antrag**:

Der Gemeinderat möge beschließen: Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium Karlsruhe auf, zeitnah in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sandhausen und der Stadt Heidelberg eine Lösung zu finden, die mindestens den Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschluss Rechnung trägt, ohne dass die L 600 zurückgebaut werden muss.

Stadtrat Derek Cofie-Nunoo stellt den **Antrag**, den letzten Halbsatz des CDU-Antrages zu streichen.

Der Gemeinderat möge beschließen: Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium Karlsruhe auf, zeitnah in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sandhausen und der Stadt Heidelberg eine Lösung zu finden, die mindestens den Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschluss Rechnung trägt.

Nach kurzer Diskussion zieht die SPD ihren Antrag zurück. Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner lässt zuerst über den Antrag von Herrn Stadtrat Cofie-Nunoo abstimmen:

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 6:8:1 Stimmen

Anschließend stellt Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner den Antrag der CDU zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 9:2:4 Stimmen

Beschlussempfehlung des Gremiums

Der Gemeinderat möge beschließen: Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium Karlsruhe auf, zeitnah in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sandhausen und der Stadt Heidelberg eine Lösung zu finden, die mindestens den Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschluss Rechnung trägt, ohne dass die L 600 zurückgebaut werden muss.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 04.02.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 04.02.2010

9.1 Rückbau L 600 Informationsvorlage 0189/2009/IV

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf die Beratungsfolge im Bezirksbeirat Kirchheim vom 08.12.2009 und im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss vom 13.01.2010 hin.

Es melden sich zu Wort: Stadträtin Stolz, Stadträtin Marggraf, Stadtrat Dr. Gradel, Stadträtin Spinnler, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Wetzel, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Lachenauer, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Eckert, Stadtrat Michalski

Im ausführlichen Meinungsaustausch werden im Wesentlichen die verkehrlichen Konsequenzen eines Rückbaues für die Bevölkerung im Heidelberger Süden und der Gemeinde Sandhausen, die überlastete B 535 / Verkehrsverlagerung, die Flächen-Entsiegelung/Rückbau als Feldweg, die geforderten beziehungsweise angebotenen Ausgleichsmaßnahmen, die Zerschneidung des Naherholungsgebietes und eine gemeinsame Lösung für Heidelberg und Sandhausen diskutiert.

Stadträtin Marggraf begründet den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen **Antrag** der Arbeitsgemeinschaft GAL-Grüne/“HD pflegen und erhalten“ und der Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen und generation.hd:

Der Gemeinderat fordert das Regierungspräsidium auf, bis zum Sommer in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg und der Gemeinde Sandhausen eine Lösung zu finden, die quantitativ mindestens der Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschlusses Rechnung trägt und gleichzeitig qualitativ durch ökologische Höherwertigkeit und insbesondere durch Großflächigkeit geeignet ist, Minderungen durch den Bau der B 535 auch für den Heidelberger Süden auszugleichen. Wenn dies nicht gelingt, fordert der Gemeinderat das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 zeitnah zu veranlassen.

Stadtrat Dr. Gradel hält an dem in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses am 13.01.2010 gestellten **Antrag** der CDU-Fraktion fest:

Der Gemeinderat möge beschließen: Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium Karlsruhe auf, zeitnah in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sandhausen und der Stadt Heidelberg eine Lösung zu finden, die mindestens den Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschluss Rechnung trägt, ohne dass die L 600 zurückgebaut werden muss.

Stadträtin Spinnler spricht sich für die Beschlussempfehlung des Bezirksbeirates Kirchheim vom 08.02.2010 aus. Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz erinnert an den gleichlautenden Antrag der Bunte Linke/Die Linke vom 06.12.2009:

Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss (Bau der B 535) zu veranlassen.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz **beantragt** vor der Abstimmung eine kurze Sitzungsunterbrechung. Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt fest, dass dieser Antrag entsprechend unterstützt wird.

=== Es folgt eine kurze Sitzungsunterbrechung von 17:13 Uhr bis 17:18 Uhr ===

Nach der Sitzungsunterbrechung modifiziert Stadträtin Marggraf den gemeinsamen Antrag, in dem im letzten Satz das Wort „zeitnah“ durch „unverzüglich“ ersetzt wird.

Oberbürgermeister Dr. Würzner ruft zuerst die Beschlussempfehlung des Bezirksbeirates Kirchheim vom 08.02.2010 (identischer Antrag der Bunte Linke/Die Linke vom 06.12.2009) zur Abstimmung auf:

Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss (Bau der B 535) zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 13 : 21 Stimmen bei 1 Enthaltung

Danach ruft er den geänderten Antrag der Arbeitsgemeinschaft GAL-Grüne/“HD pflegen und erhalten“ und der Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen und generation hd zur Abstimmung auf:

Der Gemeinderat fordert das Regierungspräsidium auf, bis zum Sommer in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg und der Gemeinde Sandhausen eine Lösung zu finden, die quantitativ mindestens der Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschlusses Rechnung trägt und gleichzeitig qualitativ durch ökologische Höherwertigkeit und insbesondere durch Großflächigkeit geeignet ist, Minderungen durch den Bau der B 535 auch für den Heidelberger Süden auszugleichen. Wenn dies nicht gelingt, fordert der Gemeinderat das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 ~~zeitnah~~ **unverzüglich** zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 18 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung

Die Abstimmung über den CDU-Antrag in der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusssitzung vom 13.01.2010 erübrigt sich damit.

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat fordert das Regierungspräsidium auf, bis zum Sommer in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg und der Gemeinde Sandhausen eine Lösung zu finden, die quantitativ mindestens der Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschlusses Rechnung trägt und gleichzeitig qualitativ durch ökologische Höherwertigkeit und insbesondere durch Großflächigkeit geeignet ist, Minderungen durch den Bau der B 535 auch für den Heidelberger Süden auszugleichen. Wenn dies nicht gelingt, fordert der Gemeinderat das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 unverzüglich zu veranlassen.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
UM 2	+	Dauerhafter Schutz von Wasser, Boden, Luft, Natur, Landschaft und Klima Begründung: Durch den Rückbau der L 600 soll der Flächenversiegelung im Heidelberger Süden entgegen gewirkt werden.

B. Begründung:

1. Historie

Mit der Fertigstellung der B 535 zwischen den Landesstraßen L 598 und L 600 wurde der Lückenschluss im Bundesfernstraßennetz zwischen der A 5 westlich von Heidelberg und der B 3 im Osten der Stadt vollzogen.

Teil der Planfeststellung vom 13.07.1989 ist der vollständige Rückbau der L 600 (Leimener Weg) zwischen der L 598 (Sandhäuser Straße) und der K 4153 (Sandhäuser Weg) sowie der Rückbau der Reststrecke von der Einmündung der K 4153 bis zur B 535 auf 5,50 m. Diese Reststrecke ist von einer Landesstraße auf eine Kreisstraße abzustufen; die Abstufung ist erfolgt. Die betroffenen Strecken liegen überwiegend auf Sandhäuser und zu kleinen Teilen auf Heidelberger Gemarkung.

2. Zuständigkeit

Das Regierungspräsidium Karlsruhe ist Antragsteller des Planfeststellungsverfahrens und somit auch für den Vollzug zuständig. Die Stadt Heidelberg ist daher nicht in der Position, das Verfahren zu beschleunigen bzw. selbst in die Hand zu nehmen.

3. Sachstand, weiteres Vorgehen

Der Rückbau der L 600 ist nach wie vor nicht realisiert. Die Gemeinde Sandhausen will ihr im Flächennutzungsplan ausgewiesenes Gewerbegebiet über die L 600 erschließen und diese somit beibehalten; von dort wird daher eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses angestrebt. Derzeit erarbeitet die Gemeinde Sandhausen in Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden ein Alternativkonzept als Ersatz für die im Planfeststellungsbeschluss vorgesehene Entsiegelungsfläche.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat die Gemeinde Sandhausen aufgefordert, bis zum Jahresende eine Entscheidung herbei zu führen. Den Ausgang dieses Verfahrens müssen wir abwarten. Erst dann kann endgültig beurteilt werden, wie auf den Abschnitten der L 600, die auf Heidelberger Gemarkung liegen, verfahren werden soll.

gezeichnet
Bernd Stadel

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Antrag der SPD-Fraktion vom 08.12.2009
A 02	Antrag Bunte Linke / Die Linke vom 06.12.2009
A 03	Stellungnahme des Landesnaturschutzverbandes vom 11.01.2010 (Tischvorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses am 13.01.2010)
A 04	Stellungnahme Gemeinde Sandhausen mit Datum vom 09.01.2009 (Tischvorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses am 13.01.2010)
A 05	Verkehrspolizeilicher Erfahrungsbericht der Polizeidirektion Heidelberg vom 13.01.2010
A 06	Verkehrsbelastung B 535
A 07	Antrag von GAL/HD P&E und Grüne/gen.hd vom 02.02.2010 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates am 04.02.2010)
	(Die Anlagen 03 bis 06 sind vertraulich! - Nur zur Beratung in den Gremien -)